

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (G. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorn. 9 Uhr am Ausgabebetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg S., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenbürgel bei Herrn Einar Friebemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dabber; in Siegelheim bei Herrn Eduard Riefen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Eindrungen im Betrieb der Druckerei oder unser Bedienung hat der Besteller keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Abwesenheit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im Voraus 150 R.-M. freibl., auschl. Träger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Peritzelle 0,15 R.-M., 3 gesp. v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Retamezelle 0,45 R.-M., 3 gesp. v. außerhalb des Bezirkes 0,50 R.-M., Nachweise- und Dfertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1875. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4430. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldsch. Günter Waldenburg. Stadtkontonummer Waldenburg 16. Abgabe selten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß dimittiert.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsteilen der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbürgel und Siegelheim.

Nr. 24

Freitag, den 29. Januar 1926

48 Jahrgang.

Kommunistische Kundgebungen in Berlin.

Der Reichspräsident wird am 21. und 22. März eine Rheinreise unternehmen.
Die Sozialdemokratie macht die Unterstützung des Kabinetts Lohner von dem sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig.
Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel kommt nach Berlin.
Am Dienstag begann in der französischen Kammer die große Finanzdebatte.
Die polnische Regierung hat die Einladung zu den Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz angenommen.
Chamberlain ist in Paris eingetroffen.
Die belgische russische Gesandtschaft hat dem chinesischen Außenminister mitgeteilt, daß die russischen Truppen von der chinesischen Grenze zurückgezogen würden.

Waldenburg, 28. Januar 1926.

Aus den dramatischen Verhandlungen im Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Schicksale unserer Marine im Weltkrieg ergibt sich, daß ein gewisses Verhängnis über den Operationen der Flotte gewaltet hat. Wir hatten von unserer trefflich auszustatteten und geschulten Kriegsmarine große Erfolge erwartet. Sie hat auch Bedeutendes im Kreuzerkrieg, in den Aktionen der Unterseeboote geleistet; aber es hat bekanntlich nur eine Seeschlacht allergrößten Stiles am 31. Mai und 1. Juni 1916 am Skagerrak stattgefunden, die in ihrem ersten Teile mit einem unbesetzten deutschen Siege endete, und im Ausgang den Engländern abermals erhebliche Verluste zufügte und sie zum Rückzuge in die heimischen Gewässer nötigte.

Es ist und bleibt aber doch ein eigenartiges Verhängnis, daß vom Beginn bis zum Schluß des Krieges Zwischenfälle eintraten, die entscheidende Schläge gegen die englische Seemacht verhinderten, deren Vernichtung dem Feldzuge wahrscheinlich ein ganz anderes Bild gegeben hätte. In der ersten Zeit des Krieges drängte Admiral von Tirpitz zu einem Generalangriff der deutschen Flotte gegen die Engländer, deren einzelne Geschwader noch in allen Meeren zerstreut waren, während unsere schweren Schiffe in den heimischen Häfen zusammengehalten wurden und daher in verhältnismäßig wenig Stunden die Unterplätze der britischen Flotte erreichen konnten. Ein ausschlaggebender Sieg der deutschen Flotte wäre also wahrscheinlich gewesen. Gegen den Vorschlag des Admirals von Tirpitz machten sich indessen Einwendungen aus der nächsten Umgebung des Kaisers geltend, und es verlor sich dem Einfluß des Admirals von Tirpitz — des Chefs des Marineministeriums — zugeschrieben, daß dieser Plan nicht zur Ausführung kam. Gegen die Tirpitzsche Idee wurde eingewandt, daß eine Niederlage der englischen Flotte in London den tiefsten Einbruch machen und die englische Regierung zu den extremsten Gegenmaßnahmen veranlassen würde. Die dem Gedanken an sich schon schreckliche Idee, und so ging uns die Gelegenheit zu dem größten Seesieg verloren. Wir wissen heute, daß diese politischen Erwägungen vollkommen abwegig waren, denn die Engländer haben den Krieg trotz dieser zarten Rücksichtnahme mit größter Erbitterung zu Ende geführt und sich bei der Hungerblockade uns gegenüber keinerlei Skrupel gemacht.

Auch zum Ausgang des Krieges winkle uns nochmals der Erfolg, und der englische Minister Churchill hat damals geäußert, daß die Entscheidung für Großbritannien an einem seidenen Fädchen gehangen habe. In dem Untersuchungsausschuß des Reichstags ist von dem Admiral von Tirpitz ausführlich dargelegt worden, daß es sich bei dem in Aussicht genommenen Unternehmen nicht um ein abenteuerliches Wagnis gehandelt hat, bei dem das Leben von Tausenden braver Seeleute aufs Spiel gesetzt werden sollte, sondern daß alle Vorbereitungen für ein volles Gelingen getroffen worden seien. Dieses Unternehmen ist durch die Novemberrevolution von 1918 vereitelt worden.

Auch über den Wirkungen der Skagerrakschlacht und des Ubootkrieges schwebte es wie ein Verhängnis. Die Verluste der englischen Kriegs- und Handelsflotte waren so groß geworden, daß eine ernsthafte Neigung vorhanden war, mit Deutschland zu einem Waffenstill-

stand zu kommen. Das Unheil war hier das Friedensgebot des österreichischen Kaisers Karl, aus dem die Entente erfuhr, daß die habsburgische Macht am Ende ihrer Kräfte stand. So nahm der Krieg seinen Fortgang.

Bei ihrem Heldennut und Opferwillen hat es unsere Flotte nicht verdient, daß es so ganz anders gekommen ist, als man gedacht hätte. Der britische Admiral Jellicoe, der Oberbefehlshaber in der Schlacht am Skagerrak, hat seinen deutschen Gegner am besten gewürdigt, er stellte sich ihm nicht wieder.

Neue deutsche „Verfehlungen“.

Die Kontrolloffiziere bleiben.

Ein durch den Londoner Vertreter der Sabas-Agentur verbreiteter Bericht über die Abrüstungsfrage behauptet, daß Deutschland seinen Verpfichtungen nur in ungenügendem Maße nachgekommen sei und daß die Verfehlungen der deutschen Regierung auf rein innerpolitische Ursachen zurückzuführen wären.

Die „Verfehlungen“ sollen sich insbesondere beziehen auf die Organisation der Polizei, die Stellung des Oberkommandos, das Verbot des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsberg und die militärischen Vereinigungen. Insbesondere wünsche die deutsche Regierung in der Polizeifrage ein weiteres Kontingent (mindestens 5000 Mann) zur Verstärkung der Polizei in den Brückenköpfen und an der Ost- und Westgrenze zu erhalten, was darauf hinauslaufen würde, auf gewisse strategische Punkte wahre Besatzungstruppen zu stellen. In dem Bericht heißt es dann weiter:

Jedenfalls ist anzunehmen, daß wegen der Verzögerung Deutschlands, die zwischen ihm und den Alliierten im November vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen auszuführen, die Interaktierte Kontrollkommission warten müssen, bis die deutschen Behörden sie in den Stand setzen, eine Aufgabe zu erfüllen, deren komplizierte Fragen eine ziemlich beträchtliche Verlängerung des Aufenthalts der Kontrolloffiziere in Berlin vermuten lassen.

Eine deutsche Erwiderung.

Deutscherseits wird dieser Bericht in einer halbamtlichen Bemerkung als „in dieser Form nicht zutreffend“ bezeichnet. Es wird erklärt, daß die Regelung der meisten Punkte bereits abgeschlossen ist. Bezüglich der Polizeifrage wird ausgeführt:

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst vorigen Jahres getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unüberzählig daran gegangen, die für den Aufbau der neuen Organisationen erforderlichen umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten.

Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen mit der Völkerverkonferenz über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind.

In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben. Uebrigens ist über die Zahl der Polizeibeamten im besetzten Gebiet an sich eine grundsätzliche Einigung mit der Völkerverkonferenz bereits erzielt; zur Erörterung steht lediglich die Frage der Einrechnung in die Gesamtstärke von 150 000 Köpfen.

Nach Klärung dieser Frage wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die V. V. K. nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Bezeichnend ist, daß der „Tempo“ die angeblichen Verfehlungen Deutschlands zum Vorwand für eine neue Dege gegen die Herabsetzung der Rheinlandverajung nimmt.

Das Geständnis des Calmus.

Ein Zeuge gegen Dittmann.

In einer längeren Zuschrift an die in Oldenburg erscheinenden „Nachrichten für Stadt und Land“ nimmt der frühere Gerichtsschreiber des ersten Geschwaders, Bureauangestellter Willi Niemöller, zu dem von dem Abgeordneten Dittmann im Untersuchungsausschuß des Reichstags erwähnten Geständnis des Matrosen Calmus Stellung. Niemöller, der sich auch dem Untersuchungsausschuß als Zeuge angeboten hat, gibt zu, daß der Abg. Dittmann das Geständnis richtig wiedergegeben hat, nur sei Dittmanns Darstellung über die Art und Weise, wie das Geständnis zustande kam, gänzlich abwegig. Niemöller bestreitet, daß das Geständnis des Calmus frei erfunden sei, und bezeichnet es als unwahr, daß Kriegsgerichtsrat Bösch Calmus mit Erschießen gedroht habe, um auf diese Weise Aussagen gegen Abgeordnete der U. S. P. herauszupressen. Niemöller stellt den Fall so dar: „Calmus sah im Untersuchungsgefängnis des Kommandogerichts in Wilhelmshaven. Bei einer Vernehmung wurde ihm neues belastendes Material vorgehalten. Bösch erklärte Calmus erregt:

„Herr Kriegsgerichtsrat! Ich weiß, daß ich mit meinen Kopf rede. Ich will trotzdem ein volles Geständnis ablegen. Alles hat mich verraten und beschuldigt in schwerster Weise.“

Dann kam das Geständnis. Calmus bot das erschütternde Bild eines Mannes, der endlich eingesehen hat, wie verblendet er war, als er im Begriffe stand, sich in schwerster Weise an seinem Vaterlande zu vergewaltigen. Es war kein frei erfundenes Geständnis, sondern die Beichte eines Menschen, der mit sich selbst abgegeschlossen hatte.“

Weiter erklärt Niemöller, die sogenannten Mesnagekommissionen seien tatsächlich Organisationsstellen der U. S. P. gewesen, die die Revolution vorbereiteten und heimliche Zusammenkünfte abhielten. Die Leitung in der Flotte habe in den Händen von Reichpietsch und Bösch gelegen. Das Bureau der Frau Klara Biez in Berlin sei die Zentrale der ganzen Organisation gewesen.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel wird sich am 3. Februar nach Berlin begeben. Er wird mit dem Führer der Zentrumspartei in Verbindung treten und auch mit den amtlichen Stellen Fühlung nehmen. In politischen Kreisen mißt man der Reise besondere Bedeutung bei.

Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich in den ersten Februartagen. Das Reichskommissariat Koblenz teilt mit, daß die Räumung der sogenannten Kölner Zone sich keineswegs bis zum März hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle sei nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt werde von der Völkerverkonferenz festgelegt werden.

Tirards Rheinlandregime in französische Beleuchtung. Der französische sozialistische Abgeordnete Uhrig greift in der „Coe Nouvelle“ den französischen Rheinlandkommissar Tirard an, dem er vorwirft, daß er zwar die vielen Delegierten im Rheinland abgeschafft habe, aber trotzdem noch einen Stab von 200 Personen, darunter 20 Stenotypistinnen und zehn Chauffeurs, aufrecht erhalte. Tirard verwalte gegenwärtig ohne Verwaltung. Er scheine selbst aufgehört zu haben, an die Wirksamkeit seines Werkes zu glauben. Viel leicht fürchtet er nur Untersuchungskommissionen und wahrscheinlich habe er nur aus diesem Grunde den früheren Delegierten den Befehl gegeben, alle Archive zu verbrennen.

Frankreich.

Am Dienstag hat in der französischen Kammer die große Finanzdebatte begonnen. Man nimmt an, daß sie sich bis zum Ende der Woche hinziehen wird.